

Grundzüge chinesischer Afrikapolitik*

VOLKER MATTHIES

Die Kenntnis der sino-afrikanischen Beziehungen ist nicht nur von unmittelbarem Interesse für ein Verständnis des äußeren Bezugssystems der chinesischen Außenpolitik. Eine Analyse der chinesischen Afrikapolitik ist von beträchtlicher Relevanz auch für ein Verständnis der Struktur des gegenwärtigen Weltstaatensystems, sei es im Hinblick auf die verschiedenen Solidarisierungsversuche in der „Dritten Welt“¹ und die innen- und außenpolitischen Strategien der afrikanischen Entwicklungsländer, oder sei es im Kontext der von China verkündeten und von einem Teil der westlichen „Neuen Linken“ aufgegriffenen spezifisch sino-kommunistischen Theorie der Internationalen Beziehungen, der Theorie des Internationalen Klassenkampfes der „Dörfer“ gegen die „Städte“².

Eine chinesische Afrikapolitik gibt es seit mehr als zehn Jahren. Nachdem das Interesse der Wissenschaft an ihr zunächst gering war, stieg es mit dem Afrikabesuch Chou En-lais 1963/64 sprunghaft an. Dieses spektakuläre außenpolitische Ereignis machte das starke Interesse Chinas an Afrika deutlich und bewirkte eine gründlichere Erforschung der Aktionen, Motive und Methoden der chinesischen Politik in Afrika.

Die chinesische Afrikapolitik wurde je nach Interessenlage der an ihrer Erforschung beteiligten Gruppen von verschiedenen Ansatzpunkten her thematisiert: 1.) Die Afrikanistik (Historiker, Sozialwissenschaftler) untersuchte a) das Phänomen des Kommunismus in Afrika (Aktivität des Ostblocks, Einfluß auf Parteien, Gewerkschaften usw.) und bemühte sich, das Verhältnis des Kommunismus zum afrikanischen Nationalismus zu klären³, b) die afrikanische Außenpolitik und Afrikas Position innerhalb des internationalen Systems⁴; 2.) Die Ostforschung (Sowjetologen, Sino-ologen, Totalitarismusforscher) interessierte sich a) für die Aktivität des Ostblocks in

* Der vorliegende Beitrag stellt eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse meiner Schrift „China und Afrika“ dar, erschienen in den „Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg“, Nr. 26, Hamburg 1969.

¹ Siehe hierzu z. B. Miller, J. D. B., *The Politics of the Third World*. London, New York, Toronto, Oxford University Press 1966, und Schröder, Dieter, *Die Konferenzen der „Dritten Welt“*. Solidarität und Kommunikation zwischen nachkolonialen Staaten. Hamburg 1968.

² Lin Piao, *Long Live the Victory of People's War*, in: *Peking Review* Nr. 36, 3. Sept. 1965, S. 9–30, und Steinhaus, Kurt, *Zur Theorie des internationalen Klassenkampfes – Probleme sozialistischer Politik* Nr. 5, Frankfurt 1967.

³ Z. B. Lessing, Pieter, *Africa's red harvest* (2. impr.), London, Joseph, 1962. Italiaander, Rolf, *Schwarze Haut im Roten Griff*. Düsseldorf, Wien, Econ, 1962. Schatten, Fritz, *Afrika – Schwarz oder Rot?* München, Piper, 1961.

⁴ Z. B. Legum, Colin, *Africa and China*, S. 389–436, in: Halpern, A. M., ed., *Policies toward China*. New York, McGraw Hill, 1965. Hoskyns, C., *Africa's Foreign Relations: The Case of Tanzania*, in: *International Affairs* 44 (1968), S. 446–463.

Entwicklungsländern, speziell in Afrika, b) für die chinesische Außenpolitik im engeren Sinne, insbesondere für die Rolle der Entwicklungsländer (Afrikas) innerhalb dieser Politik⁵; 3.) Die Journalistik untersuchte aktualisierend und dramatisierend das chinesisch-afrikanische Verhältnis von verschiedensten Aspekten her, wobei allerdings häufig die Sorge vor einer sino-kommunistischen Durchdringung Afrikas dominierte⁶.

Wie so oft jedoch bei der Beschäftigung mit Problemen der chinesischen Politik verhinderten auch hier nicht selten Vorurteile und Spekulationen eine nüchterne und sachliche Analyse der sino-afrikanischen Beziehungen. Die Hauptmängel vieler Werke bestanden in der – sachlich ungerechtfertigten – Gleichsetzung der chinesischen mit der allgemeinen kommunistischen Afrikapolitik, der Tendenz zu einer Verwechslung von Kommunismus und afrikanischem Nationalismus und damit zu einer Überschätzung der Möglichkeiten einer sino-kommunistischen Infiltration in Afrika, und einem oftmals stark moralisierenden, aus antikommunistischen Gefühlen gespeisten Grundtenor⁷. Der afrikanische Beitrag zur Literatur über die sino-afrikanischen Beziehungen ist bisher gering, zudem besteht er in Schriften, die China mehr oder weniger unkritisch entweder bewundern oder verurteilen⁸. Nur wenige Arbeiten zur chinesischen Afrikapolitik erweisen sich als geeignet, zum Ausgangspunkt weiterer Studien zu werden⁹.

Die Entwicklung der sino-afrikanischen Beziehungen

Die Bandung-Konferenz markiert den Beginn der modernen chinesischen Afrikapolitik¹⁰. Hier hatten die Chinesen Gelegenheit, erste inoffizielle Kontakte zu Vertretern afrikanischer Gebiete anzuknüpfen und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Ägypten vorzubereiten.

⁵ Z. B. Hamrell, Sven, und Widstrand, C. G., eds., *The Soviet Bloc, China and Africa*. Uppsala 1964. Brzezinski, Z., ed., *Africa and the Communist World*. Stanford, Stanford University Press, 1964. Franke, W., *China und die Dritte Welt*, in: *Moderne Welt*, H. 1, 1968, S. 1–20.

⁶ Z. B. *La pénétration chinoise en Afrique*, in: *Le Monde*, 9. 12. 1960. *China's Penetration of Africa*, in: *New York Times*, 12. 11. 1964.

⁷ Z. B. die in Anmerkung Nr. 3 genannte Literatur und vor allem Mendiaux, E., *L'Afrique sera chinoise*. Brüssel, Sineco, 1965, und Labin, S., *Les Colonialistes Chinois en Afrique*. Paris, Editions de la Ligue de la Liberté, 1965.

⁸ Für das erstere siehe Gologo, M., *La Chine – un Peuple géant au grand Destin*. Peking 1964. Für das letztere siehe Youlou, F., *J'accuse la Chine*. Paris, La Table Ronde, 1966. Eine gewisse Ausnahme stellt neuerdings das stärker differenzierende Buch von Hevi, E. I., *The Dragon's Embrace. The Chinese Communists and Africa*. London, Pall Mall, 1967, dar.

⁹ Z. B. Adie, W. A. C., *Chinese Policy towards Africa*, in: Hamrell, S., und Widstrand, C. G., eds., a.a.O.; Löwenthal, R., *China*, in: Brzezinski, Z., ed., a.a.O.; Cooley, J. K., *East Wind over Africa*. New York, Walker, 1965; Mertens, P., und Smets, P.-F., *L'Afrique de Pékin*. Brüssel, Amibel, 1966.

¹⁰ Zu den historischen Beziehungen zwischen China und Afrika siehe Duyvendak, J. J. L., *China's Discovery of Africa*. London 1949, und Jeśman, Czeslaw, *The Roots of Chinese Policy in Africa*, in: *Race*, vol. 5, Nr. 4, April 1964, S. 26–34. Zur Bandung-Konferenz siehe: *China and the Asian-African Conference*, Peking 1955, und Sasse, Horst, *Die asiatisch-afrikanischen Staaten auf der Bandung-Konferenz*, Frankfurt/M., Metzner, 1958.

In Bandung wurde die Kooperation zwischen dem afrikanischen und asiatischen Nationalismus propagiert und der gemeinsame „antiimperialistische“ Kampf beschlossen. Hier wurde auch die Formel von der afro-asiatischen Solidarität geprägt; die spätere Organisation dieses Namens sollte gerade in Afrika als Instrument der Chinesen zur Erlangung politischen Einflusses noch eine große Rolle spielen.

In den Jahren nach der Bandung-Konferenz galt das chinesische Interesse vornehmlich der Herstellung von diplomatisch-politischen Beziehungen zu den Staaten des nordafrikanischen Raumes. Insbesondere die Suez-Krise und der Algerienkrieg boten den Chinesen die Möglichkeit, in Nordafrika Fuß zu fassen. Sie unterstützten Nasser und die algerische Befreiungsfront und nahmen 1956 mit Ägypten, 1958 mit Marokko und 1960 mit der algerischen provisorischen Regierung diplomatische Beziehungen auf.

Die Kairoer Botschaft Chinas entwickelte sich zu der ersten Basis chinesischer Aktivitäten in Afrika, die noch verstärkt wurden, als im Gefolge der afro-asiatischen Konferenz in Kairo dort im Dezember 1957 ein „Ständiges Sekretariat“ der Afro-Asiatischen Solidaritätsorganisation eingerichtet wurde, welches die afrikanischen Unabhängigkeitsbewegungen fördern sollte. Die Chinesen erkannten sofort die eminente Bedeutung dieser Institution und bauten sie eiligst zu einem Instrument ihrer Politik aus, mit dem sie ihren Einfluß auf den afrikanischen Unabhängigkeitskampf geltend zu machen suchten.

Die dramatische Unabhängigkeit Guineas 1958 bot China – ähnlich wie in Ägypten zur Zeit der Suez-Krise – eine günstige Gelegenheit, als Retter in der Not aufzutreten und sich in Westafrika festzusetzen. China anerkannte Guinea sofort und eilte dem Land spontan mit Reislieferungen zu Hilfe. Da es den Chinesen in der Folgezeit gelang, mit Guinea eine Art „special relationship“ zu installieren, und das Land schon sehr bald nach seiner Unabhängigkeit zu einem Refugium für Exil- und Splittergruppen aus ganz Französisch-Westafrika wurde, entwickelte sich Guinea im Laufe des Jahres 1960 für die Chinesen zu einem „centre of interest, as a base for contact with dissidents from Tropical Africa and especially with the armed struggle in the Cameroun, and later in the Congo“¹¹.

Von Guinea aus förderte China u. a. den extremistischen Flügel der UPC in Kamerun, der sich zur Erreichung seiner politischen Ziele terroristischer Gewaltakte bediente¹², und die linksorientierte kongolesische Gegenregierung Gizengas in Stanleyville¹³. In beiden Fällen aber scheiterte das chinesische Engagement; die von China unterstützten Gruppen vermochten sich weder politisch noch militärisch durchzusetzen.

Nachdem China im west- und zentralafrikanischen Raum im Verlauf des Jahres 1960 die Erfahrung hatte machen müssen, daß viele Länder ihre Unabhängigkeit ohne bewaffneten Kampf erlangten und durchaus nicht immer bereit waren, ihre einträgliche Kooperation mit den ehemaligen Kolonialmächten zugunsten einer ungewissen Fühlungnahme mit kommunistischen Staaten aufzugeben, und nach den

¹¹ Adie, W. A. C., *Chinese Policy towards Africa*, a.a.O., S. 55.

¹² Zum Aufstand der UPC (Union des Populations du Cameroun) siehe Ansprenger, Franz, *Politik im Schwarzen Afrika*. Köln/Opladen: Westdeutscher Verlag 1961, S. 200 ff.

¹³ Hierzu siehe Wauters, Arthur, *Le Monde Communiste et la Crise du Congo Belge*. Brüssel: Edition de l'Institut de Sociologie Solvay 1961, S. 96–100.

mißglückten Engagements im Kongo und in Kamerun wandte es sich verlockenderen Regionen zu.

Die noch weitgehend ungeklärten Verhältnisse im ostafrikanischen Raum schienen mehr Aussicht auf Erfolg für die chinesische Politik zu bieten als die sich konsolidierende politische Szenerie in Nord- und Westafrika. Seit seiner Unabhängigkeit im Dezember 1961 spielte Tanganjika für Ost- und Südostafrika eine ähnliche Rolle wie Guinea für den westafrikanischen Raum. Uganda und Kenia standen noch vor ihrer Unabhängigkeit, und die internen Schwierigkeiten der Zentralafrikanischen Föderation boten günstige Ansatzpunkte zur Agitation. Die 3. afro-asiatische Solidaritätskonferenz in Moshi (Tanganjika) gab den Chinesen die Gelegenheit, ihre Aktivitäten im ostafrikanischen Raum auf eine breitere Basis zu stellen und mit Nachdruck ihre Forderungen nach einer gewaltsamen Befreiung der noch abhängigen Gebiete in Afrika zu propagieren¹⁴.

Nach der Aufnahme diplomatisch-politischer Beziehungen mit vielen Staaten Afrikas war es nun das Ziel der chinesischen Politik, durch den Abschluß von bilateralen Verträgen, durch Wirtschaftsbeziehungen und Staatsbesuche die bisher erreichten Kontakte zu intensivieren und zu konsolidieren. Diesem Ziel diene vornehmlich die große Afrikareise Chou En-lais durch zehn Länder (Dezember 1963 bis Februar 1964), die zu den Höhepunkten außenpolitischer Aktivität der Volksrepublik China zählt¹⁵. Mit dieser Reise wollten die Chinesen aber auch ihre teilweise stagnierende Afrikapolitik reaktivieren und in der verstärkten Auseinandersetzung mit der Sowjet-Union und in dem Konkurrenzkampf mit Nationalchina bei den afrikanischen Staatsmännern zusätzliche Sympathien erwerben.

Bemerkenswerte Erfolge erzielte Chou En-lai nicht, abgesehen vielleicht von der diplomatischen Anerkennung Chinas durch Tunesien und dem Besuch Asmaras in Äthiopien, obwohl China gerade in diesen beiden Ländern wegen seines Grenzstreites mit Indien und der Ablehnung des Atomtest-Stoppabkommens offen kritisiert wurde.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Kongo-Brazzaville, der Republik Zentralafrika und Dahome im Jahre 1964 war nicht, wie fälschlicherweise oft angenommen, eine Folgeerscheinung der Afrikareise Chou En-lais, sondern stand in ursächlichem Zusammenhang mit der Anerkennung Chinas durch Frankreich. De Gaulle war es, der China unerwartet zu einem Einbruch in das Lager der ehemals französischen Staaten Afrikas verhalf¹⁶.

Der chinesische Plan einer afro-asiatischen Gipfelkonferenz stieß bei der Mehrheit der besuchten Staaten eher auf kühle Reserviertheit als auf helle Begeisterung.

Ein angekündigter Besuch in Kenia, Uganda, Burundi, Tanganjika und Sansibar konnte wegen der Ereignisse auf Sansibar und der nachfolgenden Unruhen auf dem ostafrikanischen Festland nicht stattfinden, und die umstrittene Äußerung Chou

¹⁴ Vgl. Schatten, Fritz, Die III. Afro-Asiatische Solidaritätskonferenz, in: Ostprobleme (1963), S. 332–337.

¹⁵ Reiseroute: VAR – Algerien – Marokko – Tunesien – Ghana – Mali – Guinea – Sudan – Äthiopien – Somalia. Siehe dazu: Adie, W. A. C., Chou En-lai on Safari, in: China Quarterly (1964), S. 174–194; Guiton, R. J., Die neuesten Bemühungen Pekings um Afrika, in: Europa-Archiv, 1964, S. 193–202; The Mizan Newsletter, Special China Issue, vol. 6, Nr. 5, Mai 1964, S. 45–56.

¹⁶ Vgl. hierzu: Hinton, H. C., Communist China in World Politics. New York: Houghton, Mifflin 1966, S. 46.

En-lais über eine günstige revolutionäre Situation in Afrika trug vor dem Hintergrund der ostafrikanischen Geschehnisse dazu bei, die antichinesischen Kräfte Afrikas zu stärken¹⁷.

Seit der Reise Chou En-lais erlitt die chinesische Afrikapolitik eine Reihe von Fehlschlägen und Mißerfolgen. Im Anschluß an die revolutionären Umwälzungen auf Sansibar — an denen China gar keinen Anteil hatte!¹⁸ — und die Armee-Meutereien auf dem ostafrikanischen Festland verschlechterten sich die chinesischen Beziehungen zu Kenia, dessen Regierung sino-kommunistischen Infiltrationsversuchen vorbeugen wollte und eine drastische Verminderung des chinesischen Botschaftspersonals durchsetzte.

Am 31. 1. 1965 mußten die Chinesen im Gefolge der Ereignisse um die Ermordung des Premierministers Ngendandumwe das ostafrikanische Land Burundi verlassen. Wenn es sich auch nicht eindeutig beweisen ließ, daß die Chinesen bei dieser Ermordung mitgewirkt hatten, so war es die anti-chinesische Partei in Burundi doch leid, daß von dem Territorium ihres Landes aus eine fremde Macht illegale Aktionen zugunsten der Kongo-Rebellen durchführte und sich in die inneren Angelegenheiten ihres Staates einmischte¹⁹.

Als schwerwiegender Fehler der chinesischen Diplomatie gegenüber Afrika erwies sich die Boykottierung der 2. Afro-Asiatischen Konferenz („2. Bandung“) in Algier durch China²⁰. Die Mehrheit der afrikanischen Staaten zeigte schon in den Vorverhandlungen nicht die Bereitschaft, den Führungsanspruch Chinas anzuerkennen und die militante chinesische Politik zu unterstützen. Die chinesische Forderung nach Ausschluß der Sowjets stieß auf harten Widerstand und erwies sich als höchst unpopulär. Es zeigte sich, daß die afro-asiatische Solidarität keine ausreichende Basis mehr bot für gemeinsame chinesisch-afrikanische Aktionen gegen Kolonialismus und Imperialismus. Die Prioritäten hatten sich entscheidend verschoben: für Afrika standen die internen Probleme an erster Stelle, der afro-asiatische Gedanke kam erst an zweiter Stelle. So sah sich China in der von ihm selbst mitgeschaffenen afro-asiatischen Bewegung immer stärker in die Isolation gedrängt.

Eine beträchtliche Einschränkung ihres Spielraumes in Afrika erlitten die chinesischen Akteure durch die militärischen Staatsstriche der letzten Jahre, 1966 in Dahome, der Zentralafrikanischen Republik und Ghana, 1968 in Kongo-Brazzaville und Mali. In all diesen Staaten etablierten sich Regierungen, die der Volksrepublik China gegenüber eine kühlere Haltung einnahmen als ihre Vorgängerinnen.

¹⁷ Auf einer Pressekonferenz in Somalia am 5. 2. 1964 sprach Chou En-lai von „ausgezeichneten revolutionären Aussichten in Afrika“. Zu der Auslegung dieser Äußerung durch Chou En-lai selbst siehe Peking Review, Nr. 18, 1. Mai 1964, S. 6–12.

¹⁸ Hierzu siehe Matthies, Volker, China und Tansania, in: Afrika heute (1969), S. 51.

¹⁹ Unmittelbar an der Grenze zum Kongo gelegen, bot sich Burundi als Infiltrations- und Nachschubbasis für die von China unterstützten Guerilla-Gruppen in dem großen zentralafrikanischen Staat an. Um die Jahreswende 1963/64 hatten dort drei Gruppen Aufständischer in verschiedenen Regionen des Landes Offensiven eingeleitet: die Bochely-Gruppe im Grenzgebiet zu Kongo-Brazzaville, die Gbenye-Gruppe im Ostkongo und die Mulele-Gruppe in der Provinz Kwilu. Siehe hierzu: Berner, Wolfgang, Peking und der kongolesische Partisanenkrieg, in: Ost-Probleme (1966), S. 610–614.

²⁰ Hierzu siehe Pauker, G. I., The Rise and Fall of Afro-Asian Solidarity, in: Asian Survey (1965), S. 425–432; Singh, L. P., Das Fiasko der 2. Konferenz der afro-asiatischen Staaten in Algier, in: Europa-Archiv (1966), S. 399–408.

Im Verlauf des Jahres 1967, dem Höhepunkt der chinesischen Kulturrevolution, erreichten die sino-afrikanischen Beziehungen einen Tiefpunkt. Befremdet durch die Methoden der chinesischen „Boxer-Diplomatie“ und erschreckt durch die Exzesse der Kulturrevolution schränkten viele afrikanische Regierungen die Aktivitäten der Chinesen in ihren Ländern stark ein²¹.

Um seine Kräfte nicht weiter zu zersplittern, scheint Peking beschlossen zu haben, in Schwerpunktländern seine erreichte Position zu konsolidieren und weiter auszubauen. Seit 1967/68 ist eine deutliche Konzentration der chinesischen Politik auf einzelne Länder zu beobachten, insbesondere auf Tansania, Sambia, Kongo-Brazzaville, Somalia und Guinea. Darüber hinaus verstärkte China seine Hilfeleistungen an afrikanische Befreiungsbewegungen²². Das wichtigste Ereignis für die chinesische Afrikapolitik in den letzten Jahren aber war zweifellos die Unterzeichnung eines Vertrages mit Tansania und Sambia über den Bau einer Eisenbahnlinie zwischen beiden Ländern (Sept. 1967). Es steht außer Frage, daß eine Realisierung dieses technologischen Großprojektes der chinesischen Politik in Afrika neue Möglichkeiten eröffnen wird. Das starke chinesische Engagement in Tansania und die Wiederbesetzung von im Verlauf der Kulturrevolution vakant gewordener Botschafterposten in verschiedenen afrikanischen Ländern²³ – beides deutliche Manifestationen einer Reaktivierung der chinesischen Afrikapolitik – deuten darauf hin, daß China gewillt ist, diese neuen Möglichkeiten zu nutzen.

Das Bezugssystem der chinesischen Afrikapolitik

Die Gestaltung der chinesischen Afrikapolitik vollzieht sich innerhalb eines Systems von außenpolitischen Dependenz, die zum einen durch die durch die chinesische Situation bedingten Faktoren determiniert werden und zum anderen aus den durch die afrikanische Situation bedingten Faktoren resultieren.

Der Konfliktcharakter des chinesischen Verhältnisses zu den Staaten des Westens, insbesondere zu den USA, der UdSSR und der Republik China hat zur Folge, daß die Volksrepublik China in Afrika eine offene Konfrontationspolitik gegen diese Staaten betreibt.

Die Präsenz des Westens offenbart sich für die Chinesen einmal in der Existenz von Staatsgebilden wie Südafrika und kolonialen Gebieten wie den portugiesischen Überseegebieten, dann in verschiedenen Formen des diplomatischen Verkehrs und der entwicklungspolitischen Beziehungen zwischen Staaten des Westens und afrikanischen Ländern. Der derzeitige Einfluß dieser „imperialistischen“ und „kolonialistischen“ Staaten verhindert nach Auffassung Pekings eine echte Unabhängigkeit und Freiheit der afrikanischen Länder. Die Souveränität vieler Staaten Afrikas sei nur eine formale Scheinsouveränität, da die ehemaligen Kolonialmächte und die USA durch ein subtiles Herrschaftsinstrumentarium (= Entwicklungshilfe) die Afri-

²¹ Hierzu siehe Adie, W. A. C., China's revived interest in Africa, in: Legum, C., und Drysdale, J., eds., Africa Contemporary Record. Annual Survey and Documents 1968–1969. London: William Chudley & Son 1969, S. 45–46.

²² Hierzu siehe Repplang, Ralph, Die afrikanischen Befreiungsbewegungen, in: Internationales Afrika Forum (IAF) (1969), S. 202–209.

²³ Vgl. IAF (1970), S. 356.

kaner weiterhin unterdrückten und ausbeuteten. Aus diesem Grunde betrachtet es China als eine seiner Hauptaufgaben, die Afrikaner auf den gefährlichen Einfluß des Westens aufmerksam zu machen und ihn zu bekämpfen.

Die sino-sowjetische Rivalität spielt sich sowohl auf der ideologischen wie auch auf der politisch-wirtschaftlichen Ebene ab²⁴. In den Jahren nach der Bandung-Konferenz begannen die Chinesen eine eigene, von der orthodoxen sowjetischen Doktrin divergierende Politik gegenüber der afro-asiatischen Welt zu konzipieren. Im Gegensatz zu der sowjetischen These von der nationalen Demokratie, die Bündnisse zwischen kommunistischen Parteien, Gewerkschaften und „Nationalen Bourgeoisien“ in Entwicklungsländern für förderungswürdig befand, postulierten die Chinesen immer kompromißloser revolutionäre Befreiungskriege nach chinesischem Muster. Das sowjetische Konzept der „Nationalen Demokratie“ verurteilten sie als eine opportunistische Kooperation mit den herrschenden Bourgeoisien Afrikas. Ein befristetes Paktieren mit bürgerlichen Kräften schien den Chinesen nur dann akzeptabel, wenn den kommunistischen Parteien dabei von Beginn an die Führung zukäme. Was den Chinesen wohl vorschwebte, war eine Übertragung ihres Konzepts der „Neuen Demokratie“ auf afrikanische Verhältnisse²⁵. Solange dafür aber die Voraussetzungen nicht gegeben waren, sahen sie ihre Hauptaufgabe in der Stärkung eines kommunistischen Revolutionsträgers.

Was China bei der politisch-wirtschaftlichen Auseinandersetzung mit der UdSSR in Afrika an ökonomischen Ressourcen und politischem Prestige zu wenig hat, sucht es durch die Propagierung seines Entwicklungsmodells, günstige Bedingungen seiner Hilfeleistungen und nicht zuletzt durch unermüdliche Propaganda zu kompensieren.

Die Volksrepublik China und die Republik China befinden sich in Afrika in einem erbitterten Konkurrenzkampf um die diplomatisch-politische Anerkennung bei den afrikanischen Staaten, und zwar sowohl in den bilateralen Beziehungen als auch im Hinblick auf eine positive UN-Entscheidung in der China-Frage²⁶. Anfänglich gelang es der Republik China, sich mit einer wirksamen technischen Hilfe auf dem Agrarsektor in den gemäßigten Ländern des ehemals französischen Kolonialgebietes gute Ausgangspositionen zu verschaffen. Im Jahre 1964/65 aber geriet die nationalchinesische Diplomatie dann in eine schwere Krise. Die Anerkennung der Volksrepublik China durch Frankreich ermöglichte jener nach der Reise Chou En-lais einen Einbruch in die bisher als Domäne der Nationalchinesen geltende frankophone Staatengruppe. Die Rückschläge der Volksrepublik China in den folgenden Jahren wiederum ermöglichten es der Republik China, ihre eigenen Mißerfolge auszugleichen.

²⁴ Hierzu siehe Zagoria, D. S., *Der chinesisch-sowjetische Konflikt 1956–61*. München: Rütten & Loening 1964, S. 275–308; Scalapino, R. A., *Sino-Soviet Competition in Africa*, in: *Foreign Affairs* (1964), S. 640–654.

²⁵ In diesem Sinne forderte z. B. Liu Ning-yi, Vizepräsident des chinesischen Komitees für afro-asiatische Solidarität, am 10. 4. 1961 die Afrikaner auf, dem chinesischen Vorbild nachzueifern: „The experience of the Chinese revolution ... has shown that ... the oppressed nations must rely closely on their own people and unite all the patriotic and democratic forces to form a broad united front“, in: *The Chinese people resolutely support the just struggle of the African people*. Compiled by the Chinese-African People's Friendship Association, Peking 1961, S. 55.

²⁶ Hierzu siehe Slaweki, L. M. S., *The Two Chinas in Africa*, in: *Foreign Affairs* (1963), S. 398–409; Yu, G. T., *Chinese Rivalry in Africa*, in: *Race*, vol. 5, Nr. 4, April 1964, S. 35–47.

Bei seinen Bemühungen um Kooperationsbeziehungen zu den afrikanischen Staaten muß China, will es erfolgreich sein, notgedrungen Rücksicht auf die innenpolitische Situation des jeweiligen Verhandlungspartners nehmen. Aus diesem Grund ist das Verhältnis Chinas zu den kommunistischen Parteien Afrikas ambivalent²⁷. Trotz aller theoretischen und ideologischen Beteuerungen über eine dominierende Rolle der kommunistischen Parteien in der nationalen, anti-imperialistischen Revolutionsphase arbeitete China kaum mit den afrikanischen kommunistischen Parteien zusammen. Dieser Widerspruch wird erklärlich, wenn man sich die ideologische, organisatorische und personelle Schwäche dieser Parteien vor Augen hält. Ihre Aktionsunfähigkeit ist es, die China zwingt, trotz ideologischer Vorbehalte pragmatisch vorzugehen und eine Kooperation mit nichtkommunistischen Kräften zu suchen.

Eine ähnliche Zurückhaltung muß sich China auch gegenüber den politisch-ökonomischen Ordnungsvorstellungen der jungen Staaten Afrikas auferlegen. Es ist bezeichnend, daß China bisher einer ernststen Auseinandersetzung mit dem „Afrikanischen Sozialismus“ aus dem Weg gegangen ist.

Weiterhin muß China auch die außenpolitischen Strategien der Afrikaner in sein Kalkül einbeziehen. Die Außenpolitik der afrikanischen Staaten orientiert sich an dem Prinzip der Nicht-Einordnung in ein globales Bündnissystem²⁸. Diese Politik des Non-Alignment soll es den Afrikanern ermöglichen, ihre neugewonnene Souveränität optimal zu sichern und ausländischen Einfluß auf ein Minimum zu beschränken, indem sie zu ihrem Nutzen sowohl mit westlichen als auch mit östlichen Staaten Beziehungen unterhalten und auf diese Weise die verschiedenen Einflüsse fremder Mächte neutralisieren.

Die Ziele der chinesischen Afrikapolitik und das Rollenverständnis Chinas

Das starke Interesse Chinas an Afrika schien bedingt zu sein durch die spezifisch afrikanische Situation kurz nach der Dekolonisation: Ein neues, noch im Aufbau begriffenes Staatensystem bot günstige Ansatzpunkte für diplomatisch-politische Aktionen, besonders da die politischen Möglichkeiten der Chinesen hier nicht wie in Asien von vornherein durch traditionelle, historisch entwickelte Beziehungsmuster zu fremden Völkern eingeschränkt waren. Bei aller Vorsicht lassen sich folgende Zielvorstellungen der chinesischen Afrikapolitik herausarbeiten:

1. Ziele geringer Reichweite

- a) die Herstellung diplomatisch-politischer Beziehungen zu möglichst vielen afrikanischen Staaten
- b) die Konsolidierung hergestellter Beziehungen durch bilaterale Verträge aller Art

²⁷ Zu den kommunistischen Parteien Afrikas siehe die Angaben in Berner, Wolfgang, Leitvorstellungen und Probleme kommunistischer Afrikapolitik zum Stande von 1966. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Reihe III: Auswärtige Beziehungen des Ostblocks, 1. Weltkommunismus, III. 1. Nov. 1966, Nr. 25, S. 73.

²⁸ Siehe hierzu z. B. Thiam, Doudou, Die Außenpolitik der afrikanischen Staaten. Düsseldorf-Wien: Econ 1966; Burton, J. W., ed., Nonalignment. London 1966.

- c) die Durchbrechung der weltpolitischen Isolierung Chinas durch ein Engagement in Afrika

2. Ziele mittlerer Reichweite

- a) die Verdrängung des Westens aus seinen Positionen in Afrika; Kampf gegen „Kolonialismus“, „Neo-Kolonialismus“ und „Imperialismus“, insbesondere gegen den amerikanischen Einfluß in Afrika
- b) Kampf gegen den sowjetischen „Revisionsismus“ und Schwächung seines Einflusses in Afrika
- c) Durchsetzung des Alleinvertretungsanspruchs der Volksrepublik China gegen die Republik China; Anerkennung als das einzige legitime China
- d) Gewinnung internationaler Anerkennung mit Hilfe der UN-Stimmen der afrikanischen Staaten
- e) Förderung und Beeinflussung von Staaten und politischen Bewegungen, die bereit scheinen, sich innen- und außenpolitisch am Beispiel Chinas zu orientieren.
- f) Überleitung der ersten, nationalrevolutionären Phase der afrikanischen Revolution (Nationalismus, Dekolonisation, politische Unabhängigkeit, Emanzipation vom Westen) in ihre zweite, sozialrevolutionäre Phase

3. Ziele weiter Reichweite

- a) Errichtung von afrikanischen Volksrepubliken nach chinesischem Struktur- und Organisationsmuster²⁹
- b) Einbeziehung Afrikas in die Bildung eines großen afro-asiatisch-lateinamerikanischen Blocks, der eine Allianz der farbigen Nationen unter chinesischer Führung darstellen und im Kampf gegen den westlichen Imperialismus und den sowjetischen Revisionismus zum Kern einer sino-zentrischen Weltordnung werden soll.

In dreifacher Weise hoben die Chinesen immer wieder die Bedeutung ihres Landes für Afrika hervor, als Revolutions- und Entwicklungsmodell und als internationale Führungsmacht der farbigen Nationen.

Seit 1949 behaupteten die Chinesen unentwegt, daß ihre Revolution Modell sei für alle kolonialen und semikolonialen Länder³⁰. Die Notwendigkeit und Zwangsläufigkeit der Revolution in den unentwickelten Ländern ist den Chinesen eine Selbstverständlichkeit. Allerdings kann diese Revolution nur dann Erfolg haben, wenn sie

²⁹ Zu der Errichtung einer embryonalen afrikanischen Volksrepublik nach chinesischem Muster kam es zeitweilig während der Kongorebellion des Jahres 1965; vgl. hierzu Berner, W., Peking und der kongolesische Partisanenkrieg, a.a.O.; Die Schulungshefte von Gamboma, in: Ost-Probleme (1966), S. 615–636.

³⁰ So z. B. Liu Shao-chi im November 1949: „Der klassische Typ einer Revolution in imperialistischen Ländern ist die sowjetische Oktoberrevolution. Den klassischen Typ einer Revolution in den kolonialen und halbkolonialen Ländern stellt die chinesische Revolution dar, deren Erfahrungen für die Völker dieser Länder von unschätzbarem Wert sind.“ Hier zitiert in London, K. L., China in Afrika, in: Studien zur Aktivität des Ostblocks in den Entwicklungsländern. Schriften der Forschungsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung. A. Sozialwissenschaftliche Schriften. Hannover 1963.

präzis nach chinesischem Muster verläuft. Die einmalige Erfahrung und die kodifizierten Theorien der chinesischen Revolution machen China zum Zentrum und Mao Tse-tung zum „pater spiritualis“ aller revolutionären Bewegungen. Diese moderne Variante eines sino-zentrischen Weltbildes läßt den Völkern Afrikas nur die Möglichkeit, die chinesischen Revolutionsweisheiten zu adaptieren und zu praktizieren.

China empfiehlt sich den Afrikanern jedoch nicht nur als Revolutionsmodell, sondern auch als Modell für die sozio-ökonomische Entwicklung³¹. Die Chinesen sind fest davon überzeugt, daß ihr „pattern of development“ für alle Völker in einer analogen ökonomischen Ausgangslage das gültige Konzept sei. Immer wieder führen die Chinesen daher die vielen gemeinsamen agrarökonomischen, demographischen und sozio-kulturellen Probleme ihres Landes und der afrikanischen Entwicklungsländer an und weisen gleichzeitig auf die angeblich erfolgreichen chinesischen Instrumentarien und Methoden zur Bewältigung dieser Probleme hin: Massenmobilisierung, Sozialisierung der Landwirtschaft, Einsatz relativ einfacher, aber wirksamer technischer Mittel und die zentrale, dynamische Steuerung und Leitung des Entwicklungsprozesses durch die Einheitspartei.

Immer eindringlicher wiesen die Chinesen auch darauf hin, daß sie nicht zur weißen Rasse gehörten und vollwertige Mitglieder der afro-asiatischen Ländergruppe seien. Während dieses Argument der Hautfarbe auf der Bandung-Konferenz noch in gemäßigter Form vorgetragen wurde, entwickelte es sich in den folgenden Jahren zu der scharfen Waffe eines rassenideologischen Kampfes gegen alle „Weißen“, gegen Amerikaner ebensogut wie gegen Russen³². China war immer zielstrebig bemüht, die Rolle eines Vorkämpfers in der Emanzipationsbewegung der farbigen Völker zu spielen. Im engen Zusammenhang damit stand die ideologische Umdeutung des internationalen Klassenkampfes in einen internationalen Rassenkampf. Demnach sollen sich die farbigen Völker der unterprivilegierten Länder in einer revolutionären Erhebung unter chinesischer Führung gegen die weißen saturierten Industrienationen wenden und nach den Lehren Mao Tse-tungs einen globalen Guerillakrieg entfesseln, in dem die unentwickelten Regionen als „Dörfer“ und die entwickelten Regionen als „Städte“ definiert sind³³.

Institutionen und Mittel der chinesischen Afrikapolitik

Seit 1960 wurden innerhalb des institutionellen Rahmens des außenpolitischen Entscheidungsprozesses der Volksrepublik China spezielle Institutionen für die Afrikapolitik eingerichtet³⁴. Zu diesem Zeitpunkt war das chinesische Interesse an Afrika wohl so stark angewachsen, daß die afrikanischen Angelegenheiten nicht mehr allein

³¹ Siehe hierzu Tang, P. S. H., *Communist China as a Development Model for underdeveloped Countries*. Washington 1960; Li, Chohming, *Communist China's Economy and its Impact on Afro-Asia*, in: London, Kurt, ed., *New Nations in a Divided World*. New York—London: Praeger 1963, S. 287—300.

³² Siehe hierzu Freeberne, Michael, *Racial Issues and the Sino-Soviet Dispute*, in: *Asian Survey* (1965), S. 408—416.

³³ Vgl. Lin Piao, *Long Live the Victory of People's War*, a.a.O.

³⁴ Vgl. dazu die Zusammenstellung der wichtigsten Institutionen zur chinesischen Afrikapolitik in „The Mizan Newsletter“, vol. 6, Nr. 5, S. 1.

im Rahmen der traditionellen außenpolitischen Apparaturen erledigt werden konnten.

Im Dezember 1960 soll ein „Sonderkomitee für Afrika“ als Teil des Politbüros der KPCh eingerichtet worden sein³⁵. Man darf wohl annehmen, daß dieses Komitee die Zentrale sämtlicher mit afrikanischen Angelegenheiten betrauten Institutionen darstellte. Hier dürften die Grundkonzeptionen der chinesischen Afrikapolitik erarbeitet und dann zur Konkretisierung und praktischen Durchführung an nachgeordnete Stellen delegiert worden sein.

Bis 1956 wurden die afrikanischen Angelegenheiten im Außenministerium innerhalb der Westeuropa-Abteilung als Kolonialangelegenheiten der westeuropäischen Länder behandelt. Wahrscheinlich als Folge der Bandung-Konferenz wurden dann die afrikanischen Fragen mit Fragen Westasiens zu einer neuen Abteilung zusammengefaßt³⁶. Im Oktober 1960 endlich wurde ein spezielles Afrika-Büro eingerichtet³⁷, welches 1965 reorganisiert wurde. Aufgrund des starken chinesischen Engagements in Afrika wurde die Afrika-Abteilung dabei personell erweitert und in drei regionale Gruppen aufgegliedert: 1) Nordafrika, 2) Westafrika und 3) Ostafrika einschließlich Südafrikas. Die entsprechenden diplomatischen Zentren dieser drei Gruppen waren die Botschaften in Kairo, Accra und Dar-es-Salaam³⁸.

Die Untersuchungskommission für afrikanische Angelegenheiten und die Kommission für soziale Beziehungen mit den Völkern Afrikas sind beide dem Staatsrat untergeordnet³⁹. Die erstere Kommission scheint verantwortlich zu sein für die Untersuchung und finanzielle Kontrolle der chinesischen Aktivitäten in Afrika sowie für die Kontrolle der Arbeit aller mit afrikanischen Problemen betrauten Institutionen und Organisationen. Aufgabe der zweiten Kommission ist die Überwachung des in Afrika tätigen chinesischen Personals.

Ein Afrika-Institut zur wissenschaftlichen Erforschung Afrikas wurde 1961 gegründet, um der chinesischen Afrikapolitik verlässliche wissenschaftliche Daten zugrunde legen zu können und um eine qualifizierte Ausbildung der nach Afrika gehenden Diplomaten und Fachleute zu ermöglichen.

Ähnlichen Zwecken wie das Afrika-Institut diene auch die 1962 gegründete Asien-Afrika-Gesellschaft, deren mehrere hundert Mitglieder sozial- und geisteswissenschaftliche Studien über afro-asiatische Länder betreiben sollten⁴⁰.

Die China-Afrika-Freundschaftsgesellschaft wurde 1960 als Dachorganisation von 17 bestehenden Einzelorganisationen gegründet. Diese Gesellschaft war lange Zeit das wichtigste Exekutivorgan der chinesischen Afrikapolitik; sie koordinierte und lenkte die Aktivitäten aller mit Afrika beschäftigten Institutionen und Organisationen und leistete der chinesischen Diplomatie in Afrika Hilfestellung⁴¹.

³⁵ Vgl. Schatten, Fritz, *Communism in Africa*. London: Allen & Unwin 1966, S. 219.

³⁶ Vgl. Ansprenger, Franz, *Revision der chinesischen Afrika-Politik?*, in: *Afrika heute* (1964), S. 87.

³⁷ Vgl. Lang, N., *Afrika als Einflußzone Rotchinas*, in: *IAF* (1965), S. 26.

³⁸ Vgl. *Neues Afrika* (1965), S. 94.

³⁹ Vgl. Lang, N., a.a.O., S. 26.

⁴⁰ Vgl. Bartke, W., *Chinaköpfe*. Hannover: Verlag für Literatur und Zeitgeschehen 1966, S. 391.

⁴¹ Zu der personellen Struktur dieser Gesellschaft siehe Bartke, W., *Die Beeinflussung des afrikanischen Raumes durch China*, in: *Der Ostblock und die Entwicklungsländer*. Nr. 15, 1964, S. 24 f.

Um ihre politischen Ziele in Afrika zu erreichen, bedienen sich die Chinesen der Diplomatie, der Auslandshilfe und der Propaganda. Die Diplomatie basiert auf einem Netz von Botschaften, die Empfänge abhalten, Delegationen betreuen und Ausstellungen organisieren⁴², einem System des Delegationsaustausches zwischen China und Afrika⁴³ und einer Fülle von bilateralen Vertragswerken⁴⁴. Es gibt Freundschaftsverträge, Wirtschaftsabkommen, Abkommen über Militärhilfe und Verträge über kulturelle Zusammenarbeit. Nach W. Bartke ist „das ideell bedeutendste Abkommen . . . der Freundschaftspakt, das materiell bedeutendste das über wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit“⁴⁵.

Wichtige Botschafterposten in Afrika gehören zu den Schlüsselpositionen der chinesischen Afrikapolitik. In den für die Chinesen wichtigsten afrikanischen Ländern werden daher nur sehr erfahrene Diplomaten als Botschafter eingesetzt. Im Jahre 1964 sollen in Afrika die erfahrensten chinesischen Diplomaten überhaupt gesessen haben: ihre diplomatische Erfahrung im Ausland betrug im Durchschnitt 12 Jahre und war damit höher als die durchschnittliche Auslandserfahrung der chinesischen Diplomaten in anderen Ländern⁴⁶.

Die chinesische Auslandshilfe ist im Vergleich zu Chinas Möglichkeiten relativ hoch, gemessen an den Leistungen der übrigen Ostblockstaaten oder gar des Westens, relativ gering⁴⁷. Doch versuchen die Chinesen gar nicht erst, die Quantität ihrer materiellen Hilfe im Konkurrenzkampf mit wirtschaftlich leistungsfähigeren Staaten zu erhöhen, sondern sie beschränken sich bewußt darauf, durch außergewöhnlich günstige Bedingungen die Attraktivität ihrer Auslandshilfe zu steigern. In acht Punkten skizzierte Chou En-lai auf seiner Reise die Prinzipien der chinesischen Auslandshilfe:

1. Grundsatz der Gleichheit und des gegenseitigen Nutzens.
2. Respekt vor der Souveränität des Empfängerlandes und Verzicht auf Koppelung der Hilfe mit Privilegien.
3. Gewährung langfristiger, billiger Kredite.
4. Hilfestellung ohne das Ziel, das Empfängerland von China abhängig zu machen.
5. Förderung von Projekten mit geringem Investitionsaufwand, aber schneller Produktionsaufnahme.
6. Gestellung hochqualifizierten Materials zu Weltmarktpreisen und Ersatz für Fehllieferungen.

⁴² Siehe dazu Bartke, W., *Der diplomatische Dienst der Volksrepublik China*, in: *Mitteilungen des Instituts für Asienkunde*. Nr. 20, Hamburg 1967.

⁴³ Siehe dazu Bartke, W., *Die Reisediplomatie der Volksrepublik China*, in: *Mitteilungen des Instituts für Asienkunde*. Nr. 17, Hamburg 1966, und Passin, Herbert, *China's Cultural Diplomacy*, New York: Praeger 1963.

⁴⁴ Siehe hierzu die genannten Arbeiten Wolfgang Bartkes und: *Die Verträge der Volksrepublik China mit anderen Staaten*. Teil 2: *Die Länder des Vorderen Orients und Afrikas*. Schriften des Instituts für Asienkunde Hamburg, Bd. XII/2, Frankfurt/M.—Berlin: Alfred Metzner Verlag 1963.

⁴⁵ Bartke, W., *Die Beeinflussung . . .*, a.a.O., S. 18.

⁴⁶ Vgl. dazu Klein, D. W., *Peking's Diplomats in Africa*, in: *Current Scene*, vol. 2, Nr. 36, 1. Juli 1964.

⁴⁷ Zu Auslandshilfe und Außenhandel siehe Prybyla, I. I., *Communist China's Economic Relations with Africa 1960—1964*, in: *Asian Survey* (1964), S. 1135—1143; Wilson, Dick, *China's Economic Relations with Africa*, in: *Race*, vol. 5, Nr. 4, April 1964, S. 61—71; Wolfstone, Daniel, *Sino-African Economics*, in: *Far Eastern Economic Review* (1964), S. 349 bis 351.

7. Bei Gestellung spezieller Ausrüstungen Vorsorge für eine ausreichende Ausbildung einheimischer Experten und
8. Verbot für die chinesischen Experten, in besseren Verhältnissen zu leben als die Bevölkerung im Empfängerland.

Die technische Hilfe Chinas konzentrierte sich vornehmlich auf kleinere, optisch wirkungsvolle Projekte wie Schulen, Fabriken, Sportanlagen und Musterfarmen im Reisanbau, aber auch auf Großprojekte wie den Kinkon-Staudamm in Guinea und den Eisenbahnbau in Ostafrika. Der größte Teil der in Afrika tätigen chinesischen Experten – ihre Zahl geht in die Tausende – arbeitet in landwirtschaftlichen Projekten, vor allem im Reisanbau⁴⁸.

Eines der wichtigsten Propagandainstrumente der Chinesen in Afrika ist der Rundfunk. Seit dem Beginn ihrer Afrikapolitik haben sie die für Afrika bestimmten Programme und Sendezeiten systematisch ausgebaut und erweitert⁴⁹. Radio Peking sendet heute in allen für Afrika wichtigen Sprachen⁵⁰. Neben dem Rundfunk leistet auch die Nachrichtenagentur „Neues China“ einen wichtigen Beitrag zur Verbreitung der chinesischen Propaganda. Neben der Veröffentlichung ihres täglichen offiziellen Nachrichten-Bulletins beschäftigt sie sich auch mit dem Vertrieb von chinesischen Zeitschriften.

Bilanz der chinesischen Afrikapolitik

Die Bilanz der chinesischen Afrikapolitik ist heute weitgehend negativ. Zwar haben die Chinesen mittlerweile den zur Zeit der Kulturrevolution erreichten Tiefpunkt ihrer Afrikapolitik überwunden und sind dabei, ihre Beziehungen zu den afrikanischen Staaten wieder zu normalisieren, doch ist es ihnen bisher nicht gelungen, erlittene Mißerfolge durch die Realisierung wesentlicher Zielvorstellungen auszugleichen und ihre gesamte Afrikapolitik auf eine neue konzeptuelle Grundlage zu stellen. Die Ursachen für diese negative Bilanz der chinesischen Afrikapolitik liegen einerseits in der Struktur des innen- und außenpolitischen Bezugssystems der chinesischen Politik in Afrika begründet und andererseits in chinesischen Misperzeptionen der afrikanischen Politik.

Die negativen Auswirkungen der Kulturrevolution auf die chinesische Afrikapolitik zeigten eindringlich, in welchem Maße innenpolitische Veränderungen das außenpolitische Verhalten Chinas beeinflussen können.

Der außenpolitische Konflikt mit der UdSSR, den USA und Nationalchina wiederum konsumierte wichtige politische Energien und hatte eine Schwächung der chinesischen Position bei den Afrikanern zur Folge, die keine Lust verspürten, ihr Prinzip des Non-Alignment aufzugeben und sich auf chinesischer Seite in die Auseinandersetzungen mit Chinas Gegnern verwickeln zu lassen, da sie nicht der umfangreichen

⁴⁸ Einen Überblick über den Stand chinesischer Projekte in Afrika im Jahre 1967 gibt die Deutsche Welle – Dokumentation Nr. 227 vom 16. 10. 1967 (Peking, Moskau und Schwarzafrika).

⁴⁹ Siehe dazu Taubinger, L. M. v., Kommunistische Bemühungen zur Infiltrierung der afrikanischen Nachrichtenmedien, in: IAF (1967), S. 626, und Lang, N., Die für Schwarzafrika bestimmten kommunistischen Rundfunksendungen, in: IAF (1966), S. 479 ff.

⁵⁰ Englisch, Französisch, Portugiesisch, Arabisch, Suaheli und für die Auslandschinesen Cantonesisch und Kuoyo.

Wirtschaftshilfe dieser Staaten verlustig gehen wollten. So mußten die Chinesen, obwohl sie in der Zeit der Entkolonialisierung und der afro-asiatischen Solidaritäts-Euphorie beachtliche Erfolge in Afrika erzielt hatten, mit der Zeit erfahren, daß nach einer gewissen Konsolidierung der staatlich-politischen Verhältnisse in Afrika sich die besonderen Interessen der Afrikaner nicht immer mit den ihren deckten. Der rigorose ideologische Moralismus zudem, mit dem die Chinesen manchmal das „mangelnde Klassenbewußtsein“ und die „passive Neutralität“ der Afrikaner rügten, stieß diese, die im Begriff waren, einen pragmatischen Sozialismus unter Ausnützung aller verfügbaren Hilfsquellen aufzubauen, nicht selten ab.

Darüber hinaus empfanden es manche afrikanische Staatsmänner zunehmend als Bedrohung, daß sich China durch die Unterstützung von opponierenden Gruppen oder durch Bestechung von Politikern in die inneren Verhältnisse ihrer Länder einmischte. Das Bekanntwerden eines beträchtlichen Handels zwischen der VR China und der Republik Südafrika⁵¹, dem Erzfeind der Afrikaner, trug weiter dazu bei, daß sich das Verhältnis Chinas zu vielen Staaten Afrikas verschlechterte.

Die von China in Afrika unterstützten Guerilla-Bewegungen sind bislang alle wenig erfolgreich gewesen. Der Grund dieser Erfolglosigkeit ist nicht zuletzt in der mangelnden Anpassung der chinesischen Revolutionskriegslehren an afrikanische Gegebenheiten zu sehen. Für Afrika bestimmte chinesische Guerilla-Schulungshefte⁵² zeigen deutlich, wie starr und schematisch China bei der Spezifizierung seines Revolutionsmodells für Afrika von den Bedingungen und Gegebenheiten seines eigenen asiatischen Erfahrungshorizontes ausgeht und keine differenzierende sozio-ökonomische Analyse des afrikanischen Revolutionspotentials vornimmt^{52a}.

Die chinesischen Aufrufe an die Afrikaner zum „Self-Reliance“ und zum Ausbruch aus dem westlich-kapitalistischen Machtssystem mag man zwar in ihrer Tendenz begrüßen, leider jedoch ist nicht jedes afrikanische Entwicklungsland in der Lage, den chinesischen Weg zu gehen: „Für gut mit Ressourcen ausgestattete Entwicklungsländer könnte die theoretische Alternative Verweigerung nach chinesischem Vorbild heißen; doch China repräsentiert einen nicht zu verallgemeinernden Sonderfall.“⁵³ China ist es weder gelungen, die Emanzipation der afrikanischen Staaten noch die der übrigen Entwicklungsländer voranzutreiben; der Einfluß der „Dritten Welt“ in der internationalen Politik ist heute sogar schwächer denn je⁵⁴.

Die Hoffnung der Chinesen, mit Hilfe ihrer Politik, ihres Revolutions- und Entwicklungsmodells und ihrer Propaganda den Einfluß des Westens und der UdSSR zurückdrängen und durch ihren eigenen ersetzen zu können, erscheint daher trügerisch. Ein immenser Bedarf an Kapital, materiellen Gütern und technischem Wissen wird

⁵¹ Angaben über diesen Handel findet man in Hevi, E. I., *The Dragon's Embrace*. London 1967, S. 79; Wilson, D., a.a.O., S. 69; IAF (1968), S. 33, und (1969), S. 268.

⁵² Vgl. z. B. die Hefte von Gamboma und die nigerischen Merk- und Schulungshefte, in: *Ost-Probleme* (1966), S. 615–640.

^{52a} Diese Informationsmängel, Misperzeptionen und analytischen Schwächen der chinesischen politischen Theorien werden auch von den Vertretern der „Neuen Linken“ klar gesehen; vgl. z. B. Schuhler, Conrad, *Zur politischen Ökonomie der Armen Welt*. München: Trikont Verlag 1968, S. 55 f., und Steinhaus, K., a.a.O., S. 99 (insbesondere Anm. 266).

⁵³ Wallraven, K. P., *Zur Morphologie von Entwicklungsländern*. S. 483, in: Kress, G., und Senghaas, D., eds., *Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme*. Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt 1969.

⁵⁴ Vgl. dazu Schröder, D., a.a.O., S. 291–302.

den größten Teil der afrikanischen Staaten vermutlich auf lange Sicht die Kooperation mit den hochentwickelten Industrienationen pflegen lassen. Diesen Bedarf kann China ebensowenig decken, wie es in der Lage ist, die spezifischen politisch-gesellschaftlichen Probleme Afrikas mit seinen Mitteln und nach seinem Muster zu lösen. Wenn ein Teil der afrikanischen Eliten auch bereit sein mag, gewisse Aspekte der chinesischen Politik zu würdigen, so deutet doch nichts darauf hin, daß sie gewillt wären, das sino-kommunistische System in seiner Totalität und mit all seinen politischen und sozio-ökonomischen Implikationen zu übernehmen⁵⁵.

Positive Entwicklungsmöglichkeiten der chinesischen Afrikapolitik scheinen in erster Linie von folgenden Faktoren abhängig zu sein: 1. Einer Besserung des chinesischen Verhältnisses zur UdSSR (Freisetzung von zusätzlichen Energien); 2. Einer Verschärfung der politischen Spannungen in Afrika a) im Konflikt der Afrikaner mit dem „Weißen Süden“, b) im innerstaatlichen Bereich (intensivierte Interventionsmöglichkeiten für die Chinesen); 3. Einer Veränderung der innenpolitischen Situation Chinas (Neukonzipierung der chinesischen Afrikapolitik). Solange diese Faktoren jedoch für die Dynamik der chinesischen Afrikapolitik irrelevant bleiben, wird die VR China ihren bisher nur minimalen politischen Einfluß in Afrika kaum vergrößern können.

⁵⁵ Vgl. dazu z. B. die Ausführungen Staatspräsident Nyereres von Tansania bei seinem Staatsbesuch in China im Jahre 1968: „Das soll nicht bedeuten, daß China und Tansania stets die gleiche Politik verfolgen und die gleichen vorrangigen Unternehmungen haben. China ist eine asiatische Macht, wir sind ein Teil Afrikas... unsere unmittelbaren Aufgaben sind verschieden, und unsere Schwierigkeiten sind unterschiedlicher Art“ und „Wir haben unterschiedliche Methoden angewandt – so wie Sie benutzen wir verschiedene Mauersteine und einen unterschiedlichen Grundplan, um die Gesellschaften unseres Volkes aufzubauen“, in: Peking Rundschau, Nr. 26, 2. Juli 1968, S. 7 f.